



GdP-Information

Schwerin, 16. März 2005



Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk
Mecklenburg-Vorpommern
Nr. 10/05

GdP fordert „Mannausstattung“ bei Schutzwesten

Vor dem Hintergrund der jüngsten Neubrandenburger Ereignisse, ein betrunkenen Kraftfahrer gab 10 Schüsse auf einen Funkstreifenwagen der Polizei ab, forderte die Gewerkschaft der Polizei (GdP) den Innenminister erneut auf, das Thema Sicherheit der Kolleginnen und Kollegen zur Chefsache zu machen und die Mannausstattung im Exekutivdienst zur Regel zu erheben.

In einem Schreiben an Innenminister, Dr. Gottfried Timm, stellte der Landesvorsitzende der GdP, Michael Silkeit, fest, dass Gewalt mit Waffen gegen Polizeibeamte zunehmend aus Alltagssituationen heraus erfolgt. Angesichts dieser Feststellung gewinnt die Eigensicherung der im Exekutivdienst eingesetzten Beamtinnen und Beamten, dabei vor allem die Möglichkeiten, die ihnen der Dienstherr gewährt, immer mehr an Gewicht. Obwohl 2.445 Unterziehschutzwesten für 5.530 Polizeivollzugsbeamte vorgehalten werden, erreichen die Gewerkschaft der Polizei immer wieder Beschwerden, dass den Kolleginnen und Kollegen oftmals keine geeigneten Westen zur Verfügung stehen.

Angesichts dieses offensichtlichen Verteilungsproblems, das trotz mehrfacher Kritik nicht gelöst wurde, gibt es nur noch die Möglichkeit der Mannausstattung. Im Wissen um die angespannte Haushaltssituation, die sich allerdings nicht zu Lasten der Kolleginnen und der Kollegen der Landespolizei auswirken darf, sollte das Innenministerium alternativ auch die Förderung einer Eigenbeschaffung prüfen.

Wir berichten weiter.

Der Landesvorstand